Antragsvorlage
Wahlperiode 2020/2025

Drucksache **A/17/5624**
Status **öffentlich**
Freigabedatum **15.01.2025**

Antragsteller/-in: LINKE.LISTE-Fraktion

Antrag der Die Linke. Liste Fraktion im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: StVO-Novelle nutzen. Verkehrswende voranbringen

Beratungsfolge

Beschlussvorschlag
Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Verwaltung setzt Tempo-30-Zonen dort als Lückenschluss zwischen zwei Geschwindigkeitsbegrenzungen ein, wo dies bisher nicht möglich gewesen ist. Dies sollte Lücken zwischen 300 und 500 m betreffen.

2. Die Stadtverwaltung prüft, wo durch die neue StVO weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen möglich werden, und legt dem Rat zeitnah eine Liste vor.

3. Die Stadtverwaltung prüft, wo neue Flächen für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr genutzt werden können, die bisher dem Autoverkehr vorbehalten waren.

4. An viel befahrenen mehrspurigen Straßen werden Bussonderfahrstreifen eingerichtet. Es wird eine Evaluation durchgeführt, bei der geprüft wird, ob sich bei den betroffenen Linien Verspätungen vermeiden lassen.

5. Auf der Website der Stadt Oberhausen wird eine Möglichkeit für Bürger:innen eingerichtet, um Straßen / Stellen zu melden, an denen ein neuer Fußgängerüberweg zur Verbesserung der Mobilität und Sicherheit beitragen können. Häufig genannte Schwerpunkte werden den Bezirksvertretungen vorgelegt.

Bezug
StVO-Novelle: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/stvo-novelle-2023-2229430

Sachverhalt
Mit der neuen StVO gibt die Bundesregierung den Kommunen einige neue Handlungsspielräume, um den Verkehr in Richtung klimafreundliche Mobilität auszurichten. Auch wenn klar ist, dass die Neuerungen für eine Umfassende Mobilitätswende nicht 4ausreichen werden, ist es sinnvoll die neu geschaffenen Handlungsspielräume zu nutzen.

Die Oberhausener Stadtplanung ist immer noch zu sehr auf die Idee einer autogerechten Stadt ausgerichtet. Stattdessen benötigen wir eine Stadt die den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen, die mit unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen gerecht werden. Dafür müssen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr gestärkt werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen den Verkehr in der Stadt beruhigen und neue Räume für alternative Mobilität eröffnen. Das vorgeschlagene Meldetool für die Bevölkerung soll einen Schritt in Richtung einer fußgänger:innenfreundlichen Stadt gehen, in der kurze Wege gerne zu Fuß gegangen werden.

Anlage/n
Keine